

Erstpreis 10 Pf.
zusammen mit Anzeigen
für den- und Zeitung.

Abonnementspreis
monatlich 90 Pf.,
vierteljährlich 2.60 Mk.,
jährlich 10.00 Mk.,
Franko bis Post bezogen
1.00 Mk. inkl. Postgebühren.

Die Neue Welt
Anzeigenschein
durch die Post nicht be-
tragbar, kostet monatlich 10 Pf.,
vierteljährlich 30 Pf.

Telephon Nr. 1047.
Kassastrasse 10.
Postfach 1047.



Inferationsgebühr
betragt für die 6 Spalten
jeweils über deren Raum
20 Pfennig.
für ausserhalb Angelegen
30 Pfennig.

Im reaktionären Falle
kostet die Seite 75 Pfennig.

Inferate
für die (212) Nummer
müssen spätestens bis vor-
mittags 12 Uhr die
Expeditoren aufgeben
sein.

Erhalten in die
Postanstalt.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Baumburg-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Graritzberga
und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Friedliche Kolonialpolitik.

Der Kampf, den wir überall gegen die Chauvinisten der Kolonialpolitik zu führen haben, betrifft nicht, daß man in dieser äußeren Form haften bleibt und darüber das Schicksal, das im Wesen der Kolonialpolitik überhaupt liegt, nicht sieht. Die Empörung über das Händebuchen im Kongofaß, über die Ausrottung der Gereros in Südsudan, hat schon manchen Gemüthen so der Idee einer friedlichen, humanen, von solchen Mutilationen nicht befehdeten Kolonialpolitik kommen lassen, die wir gutheißen könnten. Daher mag eine Betrachtung der friedlichen Kolonialpolitik angebracht erscheinen, die die Engländer in Ostafrika in Anwendung bringen. Nach diesem Typus wird überall verfahren, wo man nicht sofort mit Soldaten drauflos schlägt.

Letzer das Land weit zurück wohnen die Negervölker, die von Ackerbau, Jagd und Viehzucht leben. Sie sind noch sehr primitive Menschen; Ackerbau kennen sie nicht, und sich den Körper bedecken gilt bei vielen Stämmen als unanständig. Der Eingabe lebt ganz in seinem Stammesverband; der Stamm ist seine Familie, sein Staat, sein Recht, gleichsam ein fester Körper, von dem er nur ein Glied ist. Privates Grundeigentum kennt er nicht; jeder findet seinen Acker und seinen sonstigen Lebensunterhalt innerhalb des Gebietes, das der Stamm bewohnt.

Diese Menschen haben nichts davon gehört, als die englische und die deutsche Regierung Ostafrika unter sich teilten; ihre Zustimmung wurde beinahe nicht eingeholt. Und als irgend ein paar Weiße mit der Mitteilung zu ihnen kamen, daß sie jetzt unter der Oberhoheit des Königs von England ständen, werden sie kaum verstanden haben, was das bedeutete. Die neuen Herrscher bestimmten, daß weiterhin europäisches Recht für das Land gelten sollte; und das bekamen die Eingeborenen bald schlimmer zu spüren.

Um den Dörfern herum liegt massenhaft unbebautes Land, und der Europäer, der es nicht eingekauft findet, sagt: es ist herrenlos. Das europäische Recht kennt nur Privateigentum und kein Gemeineigentum, nur Einzelpersonen und keinen Stamm, auch keinen Stammesfürst. In dem Stamm steht der Europäer nur den kleinen Staat; an die Stelle dieser Staaten ist aber der große Staat England getreten. Das unbebaute Land ist Stammes- oder Staatsigentum; der Staat, also jetzt die englische Kolonialverwaltung kann es denjenigen verkaufen, die hier einen neuen Wohnort oder eine Plantagenwirtschaft gründen wollen. So wird durch eine Rekolonisation der Stamm von seinem Grund und Boden, deren Naturprodukte einen bedeutenden Teil zu seinem Lebensunterhalt beitragen, beraubt. Weiße Ansiedler setzen sich auf den von ihnen erworbenen Boden fest. Der Neger begriff nichts davon — dafür ist er ja ein ungläubiger Mensch — aber er sah vorerst noch Land. Wohlstand kommt es zu Streiteren und dann zieht er den Kürtzen; vielleicht auch folgt er sich und sieht sich allmählich immer mehr in seinem Gebiet und in seiner Bewegungsfreiheit eingekerkert.

Damit ist kein weißer Nachbar nicht zufrieden. Wohin ist er gezogen? Wohin in einem besseren Wohnort, inmitten des herrlichen tropischen Uferflusses sein weiteres Leben zu verbringen? Nein, er will baldmöglichst nach der Heimat zu-

rück, und er ist nur hierhergekommen, um das Geld zu verdienen, das in Europa die Bedingung des Wohllebens bildet. Er kommt nicht selbst sein Gärtelein zu bebauen, sondern um Neger auf seiner Plantage arbeiten und Kaffee oder andere Produkte für den europäischen Markt produzieren zu lassen.

Er labet seine schwarzen Nachbarn ein, gegen Lohn bei ihm zu arbeiten. Er bietet Geld. Aber keiner kommt. Selbstverständlich nicht; denn was soll der primitive Ackerbauer mit Geld? Sein Acker gibt ihm sein Lebensunterhalt; und wäre ihm auch fast alles Land abgenommen, in diesem läppigen Klima macht die Natur alle Nahrungserzeugnisse aufgeben. Der weiße Pfleger lernt hier die Grundtatsache des Kapitalismus verstehen, daß die Arbeitskraft zuerst eine für Geld käufliche Ware, der einzige Besitz eines heillosen Proletariats sein muß, bevor die Ausbeutung möglich ist.

In dieser Welt heissen ihm seine Freunde Kirche und Staat. Der Staat legt den Eingeborenen eine Güntersteuer auf. Der Schutz, den England ihnen bietet, brauchen sie doch nicht umsonst zu haben. Es ist doch wohl etwas wert, unter europäischer Kolonialverwaltung zu leben! Steuern bringen immer und überall die Bauern in die Abhängigkeit der Kapitalisten. Die Geldsteuer zwingt auch die Neger gegen Lohn für die Weißen zu arbeiten.

In anderer Weise würden die Missionäre an dasselbe löbliche Ziel mit. Sie bringen, wenn sie wenigstens die richtigen, praktischen Ziele sind, den Neger nicht nur das Bibelwort sondern auch Kultur, d. h. europäische Gewohnheiten; vor allem lehren sie die Neger, daß Recht ist unerschwinglich und sündig ist, und bei der Tante erhält jeder Züchtling ein festes Konsumvermögen, in Manufakturfabrikates Werk. So wird der Neger zum Kunden der englischen Baumwollfabriken erzoogen; sein Wunder, daß die Baumwollfabriken die eifrigsten finanziellen Unterstützer der Missionsgesellschaften sind. Hat der Neger sich diese Kleidung angeeignet und geht er als getriebener Mensch umher, so braucht er auch wieder mehr Geld und hat er mehr Anlaß seine Arbeitskraft zu verkaufen.

Allerdings, zur Zufriedenheit der Pfleger geht es noch nicht. Der Neger lernt hier eine ganz andere Art Arbeit kennen, als seine bisherige Arbeit für den eigenen Lebensunterhalt. Seine lebensfrohe Natur hält es bei dem Schönen nicht aus, die Schweißarbeit nach seiner alten Freiheit packt ihn mit unvorstelllicher Gewalt und auf einmal verduftet er. Die Pfleger schimpfen immerfort über die „faulheit“ der Neger, die den Segen der Arbeit gar nicht verstehen wollen, und sie fordern den Staat zum energischeren Eingreifen auf.

Im Laufe der Entwicklung wird jedoch dieser bedauerliche Mangel an Kultur bei den Eingeborenen von selbst immer geringer. Ihr Land wird immer weniger; wer auf seinem alten Gebiet unheimlich wird, wird von der Polizei gefolgt werden und bestraft, weil er auf fremden Boden geht. Sie werden durch die europäischen Waren dahin erzoogen, daß sie immer mehr das Bedürfnis danach empfinden; sie werden immer fester in den Kreis der Warenproduktion hineingezogen und brauchen immer mehr Geld. Einige verdienen es als Kleinbauern durch den Verkauf ihrer Produkte, andere als Lohnarbeiter auf den Plantagen. Die meisten finden zu heillosen Proletariats erzoogen, die nichts als ihre Arbeitskraft zum Verkauf haben. Damit haben sie sich dann glücklicherweise identifiziert angeeignet, die wir

ihnen bringen können, haben sie unsere Kulturstufe erflommen. Das ist das notwendige Resultat, solange alles friedlich verläuft.

Aber als Regel verläuft die Sache selbstverständlich nicht friedlich. Durch Aufrüstung und Krieg suchen die bebaute und bebeforderten Eingeborenen ihre alte Freiheit wieder zu gewinnen, und dabei werden sie dann ausgerottet oder noch schlimmer unterjocht. Der Wort liegt in dem Munde, die blutige Kolonialpolitik liegt in der friedlichen immer schon im Keime enthalten.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 7. September 1908.

Ein Telegramm Wilhelms II.

machte wieder viel von sich reden. Ende August wurde durch die Presse bekannt, daß der deutsche Kaiser an die Hamburger Firma Blohm und Voß telegraphisch hatte:

Erlaube Ihnen, daß die russische Regierung Ihnen Projekten den Zuschlag erteilt hat und spreche Ihnen für diesen wohlverdienten Erfolg meinen Glückwunsch aus.

Wilhelm I. R.

Es ist bisher, und zwar aus guten Gründen, nicht üblich gewesen, daß Staatsoberhäupter heimliche Firmen, die in irgend- einem internationalen Wettbewerb gegest hatten, ihren Glückwunsch auszusprechen. Die Erteilung von Aufträgen ist eine Sache des freien Wettbewerbs diesen ihren Staatsangehörigen zu sichern, ist die Aufgabe der Regierung, im übrigen aber tut sie gut, vornehme Zurückhaltung zu üben und fortgesetzt den Schein zu vermeiden, als ob sie für die Werbungen ihrer Zugehörigen eine besondere Protektion in Anspruch nehmen wollte. Im Falle des neuesten Kaisererlauges handelt es sich aber um eine Angelegenheit, der man gerade in Deutschland mit höchster Befersung gegenüberstellen sollte, nämlich um die Erneuerung der russischen Schiffsflotte, mit der Deutschland im Falle eines Krieges mit dem Zweibund als Gegnerin in der Ostsee zu rechnen haben würde. Wenn Blohm und Voß den Russen Konkurrenz bieten wollen, die im Endfall bestimmt sind, auf die deutsche Flotte loszugehen, die dem Handelsverkehr in der Ostsee zu gefährden, und einen Teil der deutschen Wehrmacht im Osten festzufallen, so kann man ihnen daraus so wenig einen Vorwurf machen, wie der Firma Krupp aus der Bekanntheit Tatsache, daß die Geschosse der chinesischen Zulufohrt, die die Reiber der deutschen Marineoffiziere zerfetzten, gelungene Produkte der renommierten Essener Firma waren. Geschäft ist Geschäft. Aber zu Glückwunschtelegrammen steht auch im Fall Blohm und Voß der richtige Anlaß.

Es war zu befürchten, daß die Affäre dieses Kaisererlauges am unliebsamen Erwiderungen Anlaß geben würde. Die fähigsten anderen mitbewerben Firmen, englische, französische, italienische, die hier bestes getan zu haben glauben und sich demnach von Blohm und Voß aus dem Felde geschlagen sehen, glauben natürlich im Kaisererlauge den Schlüssel zum Geheimnis ihres Mißerfolges zu finden, sie sagen sich, daß man nicht mit einer Firma konkurrieren kann, die unter dem persönlichen Schutze des deutschen Kaisers steht. Die hierüber ent-

Die beiden Sträflinge.

Auflässiger Roman von Friedrich Gerstäcker.

1.

Die Station am Wurrah.

Neues Leben herrschte heute auf der sonst so still und einsam am Wurrah gelegenen Station des Squatter Bonnell. — reges, jubelndes Leben, und der Ruf: „die Karren kommen!“ lief von Mund zu Mund.

Die Karren kamen allerdings, und irgendein Fremder würde darin auch nicht das geringste Außergewöhnliche gesehen haben; denn er hätte dort, der dort gelagert hat, über die Verhältnisse näher kennt, weiß, was der Ruf bedeutet, und in sich faßt.

Die am Wurrah, oder überhaupt im Innern von Australien gelegenen Stationen — deren Besitzer Squatter genannt werden — stehen nämlich mit der übrigen Welt fast nur durch Caffeenkarren in Verbindung. Diese schaffen die Produkte derselben, als da sind: Wolle, Talg, Hirschhäute und -schäffelle, nach der nächsten Station, womöglich in den „Buck“ gebracht wird bringen dafür alles zurück, was dem in „Buck“ gebraucht wird. Mehl in vollgepackten Säcken, Pfeffer mit Zucker, Äpfeln, u. s. w. Das sind nun jährlich, besonders bei den entfernteren Stationen, nur ein einziges Mal geschieht, so läßt es sich denken, mit welcher Sehnsucht diese Karren erwartet werden. Niemand weiß, wenn sie endlich kommen, die wie eine die kleine Bevölkerung, noch dem in solchen Station, die wie eine im weiten Büschelmeere liegt, hat auch noch außerdem Gelegenheit genug, sich dabei in Geduld zu üben. Ochsenkarren sind ein entsetzlich langsameres Bewand, Ochsenreiter erklaulich schätzbare Vorkosten, so außerordentlich sie sonst sein mögen, und wenn man die Zeit, in der sie zurück sein können, nach Monaten zählen muß, so will sie zurück sein können, nach Wochen zählen muß, noch vor dem Frühlicht, brachte schon ein Stadtkeeper oder Rinderhirt, der auf schauendenden, schäumendem Weibe zur Station gepfergt kam, die frohliche Kunde, daß die Karren nur wenige Meilen von dort entfernt die Nacht am Hügel „gebücht“ hätten und in wenigen Stunden eintreffen würden; außerdem aber auch noch ein großes Brief- und

Zeitungspaket, das der Hauptreiber ihm anvertraut hatte, um es so rasch als möglich in die Hände des Herrn zu bringen.

Briefe aus der Heimat! — Wer jemals draußen in der Fremde monate, jahrelang ohne Nachricht von seinen Lieben daheim gewesen, nur der kann sich in das selige, wunderbare Gefühl hineinversetzen, das uns beim Erwägen der so lange, so heißersehnten Nachrichten erfährt, und uns im Anfang die Herzen, so lange vermissten Schriftzüge toll und bunt vor den Augen herumtanzen läßt. Briefe aus der Heimat! Der heimatische Poststempel ist schon eine Erinnerung aus der Jugendzeit, die Adresse, das Siegel, der Name unserer Vaterstadt neben dem freilich schon gar alten Datum. Und nun die Hände selber, — die herzlichen Worte, die uns das Schreiben bringt, die uns innig bewegende Nachricht, daß alle, die uns lieben, noch wohl und munter sind, und unser mit der alten Liebe gebenden. — Solch ein Tag ist ein Fest in dem sonst so stillen, monotonen Leben des Ansiedlers, und die Briefe werden wieder und wieder gelesen, erst still und allein, dann laut im verjammelten Familienkreise, und man wird nicht müde, die Lieben, teuren Dinge zu betrachten.

Sonntag machten keine Ausnahme hiervon. Das Frühstück ward herbeigebacht, aber bald auf dem Tische kalt, denn niemand, die Kinder ausgenommen, dachte ja daran, es zu berühren. Aufgereizte Augen deckten den Boden, geöffnete und erst flüchtig durchgesehene Briefe, sowie noch fest eingeschmürte Zeitungen den Tisch nach allen Seiten, und die Familie sah teils an diesem, teils in den Ecken gestreckt, um ihn füllen zu sehen.

Johann Bonnell war einer der angesehensten Squatter am Wurrah, mit weitverbreiteten Herden und einer ziemlich wohlhabend eingerichteten Station, — das heißt wohlthun für den Busch, denn in einer zivilisirten Gegend hätte sie democh wohl kaum den Ansprüchen genügt, die ein Mann in seiner Stellung an das Leben zu machen berechtigt war. „Draußen im Busch“ sind aber eben diese Ansprüche außerordentlich bescheiden, und selbst die Frauen hatten sich, nach einem ziemlich schwer durchlebten Jahre, endlich hineingefunden, und füßten sich wohl — wenigstens zufrieden — in der ihren früheren Verhältnissen und Gewohnheiten sonst kaum entsprechenden Lage.

Johann Bonnell war verheiratet und hatte fünf Kinder: zwei Töchter, die eine von neunzehn, die andere von siebenzehn Jahren, und drei Söhne, von denen der älteste zwanzig, die beiden

anderen aber dreizehn und zwölf Jahre zählen, und war jetzt fast sieben Jahre hier an dem Wurrah gezogen, um Raum für seine ziemlich ausgedehnten Herden zu gewinnen. Raum bekam er allerdings, denn sein nächster Nachbar wohnte einige dreißig (engl.) Meilen von ihm entfernt; aber er hatte seine Familie zugleich in eine Wildnis geführt, in der sie nur in ihrem eigenen Besammensein, nicht einmal durch die monotone Senerie des einseitigen australischen Gummibaus Entschädigung finden konnte. War es ein Wunder, daß sie bei der Zeit entgegenkamen, wo der Vater, wie sie hofften, sein Bestmum wieder zu Geld machen und nach dem alten Vaterlande zurückkehren würde? — Die meisten Kolonisten draußen in der Ferne, sei es in welchem Erdteil es wolle, hegen ja alle denselben Wunsch, vorzüglich dann, wenn sie ihre Frauen aus dem Mutterlande mit herübergebracht haben. Das Herz hängt an der alten Heimat, mag ihnen die neue bieten soviel sie will; aber die eigenen Begiehungen, die alten Sitten können sie nicht vergessen, selbst wenn nicht Familienbande sie dorthin zurückziehen. Die eigene Sehnsucht läßt ihnen keine Ruhe und nagt und bohrt, bis die Wut ihres Schicksalles wieder dem alten lieben Stamme entgegenwachen dürfen.

Und wieviel härter wird sie, wenn es mit solchen Fremdbriefen machend an die Herzen klopft. Ruß und Schmerz mischt sich dann in die lächelnde Träne. Eins sucht dem andern zu bergeu, was jedes so gern ausdrücken möchte, und doch auch wieder nicht magt. Es fürchtet in der Brust des Nachbarns ähnliche Gefühle zu erwecken, wie sie die eigene quälen, — und ahnet nicht, daß derselbe Schmerz die Brust des andern in gleichem Maße füllt.

„Gott sei gekannt, — sie sind alle wohl und gesund“, brach die Mutter endlich das Schweigen, indem sie sich nach den Busch und festhielt eine Träne aus dem Auge wuschte und die Brille neben sich auf das Fensterbrett setzte. — „Lächle die Mutter noch, lieber Gott, die alte Frau hat selber die Gefährliche, wenn sie auch sagt, daß es mit den Jungen gar nicht so recht mehr gehen wolle. Du mußt den Brief nachher lesen, John.“ — „Sie scheint sich so sehr danach, um noch einmal zu sehen, ob sie nicht.“ — „Dann, um weiß, wer weiß,“ lächelte der Vater, selber einen Brief zumachtend und einen neuen öffnend, — „mein Bruder ist auch glücklich in Bombay angekommen, und es geht ihm gut.“

„Und Onkel Ernst ist noch in Quebec?“ fragte Sarah, „er

gebung von Kräften an alle Soldaten und Beamte angeblich bedeutende Ersparnisse im Pensionsfonds gemacht werden können.

Eine Stadterweiterung als Mittelhandwerkerin. Die Stadterweiterungsverordnung in Brilly beschloß im Februar d. J. die Einführung einer Siedergewerbesteuer, von der alle Gewerbe betroffen werden sollten. Die durch Handel von Waren eines Jahressumme von 800 000 Mark betragen. Diese Steuer fand aber nicht die Genehmigung der zuständigen Minister, in der Hauptstadt deshalb nicht, weil auch die Bankgeschäfte davon getroffen werden sollten. Der Magistrat hat daraufhin den Steuerentwurf dementsprechend abgeändert und nochmals dem Stadterordneten zur Beschlußfassung vorgelegt. In der letzten Stadterordnetenversammlung am Sonnabend gelangte der abgeänderte Steuerentwurf zur Annahme. Die Steuer richtet sich hauptsächlich gegen den unter freierem Leitung stehenden Konsumverein und einen Warenvereinsverein (Warenvereinsverein), weil durch beide Unternehmen angeblich der Mittelstand geschädigt wird. Auch ein Teil der reichlichen Stadterordneten stimmte für die Steuer.

Ausland.

Frankreich. Die französische Marokkopolitik. Die Zustimmung zu dem Marokkopolitik von 1903 geschieht ihm, so ist Frankreich mit seiner Politik von 1907 gescheitert. Hier wird dort wollen sich die Westler nicht mit ihrer Niederlage abfinden und wie die deutsche Regierung fälschlicherweise die Einberufung einer Diplomatenkonferenz verlangt, so sucht auch der von den französischen Imperialisten geführte Herr Bichon zu zeigen, daß ihm die Fähigkeit abgeht eine Niederlage zu ertragen. Das französische Expeditionskorps in Marokko führt fort herumschweifend als ob nichts vorgefallen und Abdul Aziz immer noch der „legitime Sultan“ wäre. Ja es hat den Anschein, als ob man mit Gewalt neue Kämpfe provozieren will. Seit Wochen wird die Bildung einer „Carta“ an der marokkanischen Grenze gemeldet, die angeblich 25 000 Mann stark sein soll und sich anschießt in Algerien einzufallen. Abschauen haben, daß das schon das zweitemal ist, daß an der algerischen Grenze plötzlich eine solche Truppenmasse aus dem Boden aufliegt, ist die Geschichte umso bedächtig, als man bisher unterlassen hat, die Ursache dieser angeblichen Truppenbewegungen zu melden. Denn schließlich haben die Marokkaner besseres zu tun als sich zwecks zu Geheerßen aufzumachen. Alle Provokationen seitens der französischen Truppen haben bisher nicht verlangt. Trotz der Helogosierung mit Kanonenschüssen scheinen die französischen Offiziere diesmal um ihre blühenden Vorbereitungen zu kommen. Die Marokkaner rennen ihnen nicht mehr blindlings in die geladenen Schneckenzellen.

Weit gefährlicher wie die Provokationen des französischen Expeditionskorps ist die Haltung der Regierung, oder mindestens des Ministers des Äußeren. Er scheint es darauf abgesehen zu haben eine geordnete Selbstregierung der Marokkaner unmöglich zu machen. Nachdem sein System, das er von Delcassé und dieser von den Engländern übernommen hat, durch einen Sturzfall das Land anzubauen, aufzukommen, erdenklichen Hindernisse in den Weg zu legen, deren Überwindung uns mit der Unterstützung Marokkos durch die europäischen Kapitalisten erkauf werden kann. Von den französischen Regierungsbürokraten wird die Sache so hinzustellen gesucht, als ob ganz deutschfreundlich und französischfeindlich sei. Nichts dümmere als eine derartige Unterstellung. Zwischen Frankreich und Deutschland hat um Marokko nicht darüber ein Streit bestanden, ob das Land kapitalistisch ausbeutet werden soll, sondern nur um den Teil der Weite, den jedes sich zurechnet. Darüber ist Wulff Sachis sicher nicht im Zweifel. Wenn aber die Unterstützung Marokkos durch das französische Expeditionskorps in Casablanca und Wefra verweigert wird und Marokko außer der Beschlagnahme seine bedeutendsten Ginnahmequellen noch die französischen Truppen unterhalten soll, und das ist eine der Hauptbedingungen des Herrn Bichon, dann ist eine Selbstregierung Marokkos ausgeschlossen. Das ist nun im Namen Sachis oder Wifis ausgesprochen worden. Das Sachis unter diesen Umständen nicht französischfreundlich sein kann, versteht sich von selbst; das ist aber nicht seine sondern die Schuld des Herrn Bichon.

America. Der Sozialismus und die Frage. Die amerikanische Sozialist Party ist in der Union die einzige Partei, die auch den Regern volle Gerechtigkeit widerfahren läßt, die auch ihnen gegenüber keinen Unterschied der Klasse und des Geschlechts anerkennt. Das ist angeblich des weit verbreiteten Vorurteils gegen die Schwarzen keine alzu leichte Sache. In dem allgemeinen Wutmaß, von dem in der letzten Zeit die Bevölkerung auch der Nordstaaten erfüllt waren, und der in vielen Synchordonen zum Ausdruck kam, waren die sozialistische Partei und deren Presse fast die einzigen, die es wagten, für die verfolgten Neger einzutreten.

Dahingegen haben die Regier bisher noch wenig Verständnis für den Sozialismus gezeigt. Von den in den Südstaaten lebenden Regern ist dies ohne weiteres begreiflich. Die werden von den dortigen Kapitalisten in absoluter physischer und geistiger Abhängigkeit erhalten. Die Sklaverei ist dort in der Tat nur formell aufgehoben. Aber auch die in dem Norden und Weststaaten wohnende Negerbevölkerung hat sich bis jetzt noch nicht dazu entschließen können, in größerem Maße die Partei zu unterstützen; nur wenige der Farbigen sind ihr beigetreten. Der größte Teil ist politisch indifferent; der andere Teil läuft den bürgerlichen Parteien nach. Nur scheint sich aber auch darin ein erfreulicher Wandel vollziehen zu sollen. In Cleveland Ohio, erscheint das verbreitetste und älteste Blatt der Negerbevölkerung, das eine Auflage von 90 000 Exemplaren aufweist. Dieses Blatt ist sonst stets rückfahlos

für die republikanischen Kandidaten eingetrennt, kürzlich brachte es aber einen Zeitartikel, der u. a. folgende, durch jetten Druck besonders hervorgehobene Sätze enthält:

Es ist durchaus nicht nötig, daß wir für Brown stimmen müssen, wenn wir uns weigern, Laft zu unterstützen. Wir sind nicht in der Zwangslage, für einen dieser Kandidaten oder überhaupt nicht stimmen zu müssen. Sondern wenn wir für einen Präzidenten-Kandidaten eintreten wollen, so können wir für Eugenie v. Debs oder dessen Mitkandidaten stimmen, und wir werden sicherlich keinen Fehltritt tun. Seit mehr als zehn Jahren haben wir Eugén v. Debs Neben gelebt, und immer und immer wieder den männlichen Standpunkt benutzend, den dieser unserer Klasse gegenüber einnimmt. Immer und immer wieder haben wir uns mit freudigem Entzücken gefügt, daß hier eine Partei, die sich eine Bewegung unter unsern Augen aufwacht, die sich unserm Volke gegenüber freundlich stellt, die keine Vorurteile kennt, und Gerechtigkeit für alle predigt und läßt. Er und seine Partei nimmt nicht nur den rechten Standpunkt in der sogenannten Klassenfrage ein, sondern diese Leute, die sich Sozialisten nennen, haben auch den Mut ihrer Überzeugung. Das ist's, was wir an ihm und an der Socialist Party bewundern müssen, selbst wenn wir uns noch nicht auf ihren Standpunkt in wirtschaftlichen Fragen stellen können. Das ist der Standpunkt, die Prinzipien, für die wir stimmen müssen, selbst wenn wir uns ihrer Gesellschaftstheorie noch nicht anschließen können. Regier der Vereinigten Staaten, ihr von den Republikanern und Demokraten vor den Wahlen Gehässigkeiten, ihr nach den Wahlen Beschimpfen und Belächeln, besinnt euch am 3. November auf die Socialist Party.

Zur Revolution in Rußland.

Rußische Beschäftigungsmanöver. In einer Unterredung mit dem Duma-Präsidenten Komajoff erklärte Ministerpräsident Stolypin die Gerichte von einer drohenden Reaktion und Abkündigung der Reichsduma für unwahr. Die Regierung arbeite vielmehr Befestigungsbetr. die lokale Selbstverwaltung, die Dorfgemeindeordnung und die Pressefreiheit für die bevorstehende Session der Reichsduma aus.

Daß die Reaktion nicht erst droht, sondern Rußland schon völlig wieder gefangen genommen hat, zeigen folgende Telegramme:

Petersburg, 5. September. In den meisten Orten Rußlands ist die öffentliche Feier des Jubiläums Zoloffs amtlich verboten worden.

Koch, 5. September. An der vergangenen Nacht sind hier etwa 200 Personen, vorwiegend besserer Stände, verhaftet worden.

Talfoi und die Bureaukratie. Angesichts der infernalischen Dete, die die Regierung, von den Christen unterstützt, gegen Zoloff inszeniert hat, dürfte es von Interesse sein, die Verfolgungen kennen zu lernen, denen Talfoi während der letzten Jahrzehnte seitens der Bureaukratie ausgesetzt war. R. Kalesien veröffentlicht in der S. u. o. eine Reihe von Rundschreiben der Oberprüferverwaltung, der wir folgendes entnehmen:

Es wurde allen Prüfungsorganen anbefohlen:

1. 28. März 1890: Jegliche Polemik anläßlich der „Kreuzpostsonate“ einzustellen.

2. 1892: Den Brief, den Talfoi in der Daily Telegraph veröffentlichte, nicht nachzubringen.

3. 4. Juli 1894: „Kaiserliche Nachrichten über Graf L. N. Zoloff, seine Werte und sein Privatleben in der vollständigsten Form in Rußland aus den ausländischen Zeitungen abzufragen.“

4. 1899 (zum 70jährigen Jubiläum Zoloffs): „Kaiserliche Artikel oder Notizen über das bevorstehende Jubiläum des Grafen L. N. Talfoi zu bringen.“

5. 24. Februar 1901: „Kaiserliche Erörterungen an die Bestimmung des Stenobes vom 20. und 22. Februar, betreffend die Kommunikation des Grafen L. N. Talfoi zu knüpfen.“

6. 8. August 1901: „Kaiserliche Nachrichten über die Reize des Grafen L. N. Talfoi nach dem Süden und die Ovationen, die ihm seine Verehrer darzubringen abzurufen“ usw. usw.

Am interessantesten ist jedoch nachstehendes Rundschreiben, das der Minister des Innern, Spjickin, anläßlich der Gerichte über eine ernste Erkrankung Zoloffs am 20. Januar 1902 verbreitete:

„In Einklang mit der Möglichkeit, daß in allenhöchster Zeit der Tod des Grafen L. N. Talfoi eintritt, und von der Ansicht ausgehend, daß man dann gegen das Abdrucken von Artikeln, die seiner Lebensgeschichte und literarischen Tätigkeit gewidmet sind, nichts einwendendes haben kann, erachte der Minister des Innern es als notwendig, daß die Verfügung vom 3. September 1888 in Kraft bleibe und daß in allen Mitteilungen und Artikeln über Graf L. N. Talfoi die nötige Objektivität und Vorsicht geübt werde.“

Parteinachrichten.

Der Bildungsausschuss verfennt zwei Publikationen, die für die Bildungsarbeit des bevorstehenden Winterhalbjahrs von Bedeutung sind. Es handelt sich um das Winterprogramm 1908-1909, das ausführlich und verständlich die verschiedenen Mittel planmäßiger Bildungsarbeit darlegt. Nach einer allgemeinen Einleitung, in der der Rahmen der Bildungsbestrebungen bezeichnet wird, behandeln die einzelnen Kapitel den Zweck und die Organisation solcher Bildungsausschüsse, die Einrichtung wissenschaftlicher Wandervorteile, die Propaganda für gute Jugendbücher, die Musterkataloge für Arbeiterbibliotheken, die Art der Vorlesungen und Kunstbände. Dem Kapitel der wissenschaftlichen Wandervorteile sind die Dispositionen einiger Vortragstürke angefügt; beim Kapitel: Kunstbände, sind eine Reihe Programmblätter für künstlerische Veranstaltungen ver-

fühlbar ist abgedruckt. Den Katalog über die Entwürfe eines Arbeitsplans für einen lokalen Bildungsausschuss. Die zweite Publikation sind die von vielen Organisationen seit Wochen erwarteten Musterkataloge für Arbeiterbibliotheken. Sie enthalten als erste Serie 10 Einzelkataloge in der Preislage von 10, 25, 50, 75, 100, 150, 200, 250, 350 und 500 Mark. Die letzte und größte Bibliothek, die außer der letzten Ergänzung von 150 Mark die Bücher aller vorhergehenden Bibliotheken umfasst, enthält 256 Bücher. Die Parteiliteratur nimmt darunter naturgemäß den größten Raum ein, doch sind auch andere Wissensgebiete, wie Geschichte, Volkswirtschaft, Naturwissenschaft, Philosophie, Technik und belletrische Literatur vertreten.

Es ist zu erwarten, daß diese Kataloge das Arbeiter-Bibliothekswesen, vorläufig besonders das der kleineren Orte, anregen werden. Doch wird die Anordnung der Bücher auch dem einzelnen, an feiner Weiterbildung arbeitenden Genossen manchen Fingerzeig geben.

Die Geschäftsstelle des Bildungsausschusses (Einzel, Schulz, Berlin SW. 6, Lindenstraße 3) kennt den Organisations-, Bildungs- und Arbeitsplan, sozialdemokratischen Vereinen, Gewerkschaften, einzelnen Gewerkschaften, Arbeiter-Bibliotheken beide Druckfachen auf Wunsch zu. Die beim Bildungsausschuss gemeldeten Organisationen erhalten die Druckfachen ohne Auforderung zugelaufen.

In Mannheim wurde in einer zweiten Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins die Debatte über die Frage der Budgetbewilligung beendet. Die Randtagsabgeordneten Franz, Schilling und Kramer sowie der badische Landesvorstand hatten die Haltung der Fraktion verteidigt. Es wurde schließlich in geheimer Abstimmung eine Resolution, welche der Fraktionsmehrheit Vertrauen auspricht und die Budgetbewilligung billigt, mit 108 gegen 107 Stimmen angenommen.

Der Verband der Zentralverbände der Maurer.

Am dritten Verhandlungstage richtete der Verband die Verhandlung der Urträge zur Entscheidung. Betreffend die Unterführungen. Vömler erklärte, man müsse bei jeder Antragstellung annehmen, daß sie sich der Fragezeit ihrer Urträge nicht bewußt seien. Die Urträge seien bis auf wenige unzulässig, weil ihre finanzielle Durchführung nicht möglich sei unter den heutigen Verhältnissen. Verschiedene Urträge seien, wenn überhaupt, lediglich in der Stellung solcher Urträge gehandelt. Man solle nur einmal bedenken, daß, wenn auch nur die Arbeitslosenunterstützung eingeführt würde, im Winter 2/3 der gesamten Verbandmitglieder zu unterstützen sein würden. Man solle vor allem bedenken, daß, wenn man alle diese Unterführungen einführe, der Verband gerade jetzt, seinen Charakter als Kampforganisation zu verlieren. Man solle nicht vergessen, daß der Verband in erster Linie die Aufgabe habe, die Lebenslage der Arbeiter zu verbessern und sie zum Klassenbewußtsein zu erziehen. Die Aufgabe der nächsten Jahre könne nur darin bestehen, daß der Verband sich einrichte auf das, was kommen müsse und kommen werde auf Grund der wirtschaftlichen Verhältnisse und Entwidlung. Er richte deshalb an den Verbandstagen das Eruchen, über einige absolut unzulässige Urträge kurzerhand hinwegzugehen und die übrigen ebenfalls abzulehnen.

In der Diskussion über die Urträge soll aus jedem der 22 Jahre je ein Redner das Wort erhalten zu deren Begründung, da die Urträge sich je vielfach bedenen, daß, um generell den Regier von der Erweiterung der Unterführungs-einrichtungen überhaupt.

Schreiber-Verantwortung fordert die Unterführung der Familien bei Streiks, wenn die Männer abreisen.

Egger-Währchen wendet sich gegen jede Verringerung des Unterführungsbedarfs, weil der Verband durch eine Kampforganisation eine Unterführungsorganisation werde.

Thöne-Kassel (für den Gau Frankfurt) wendet sich gegen Vömlers Ausführungen, die leicht dazu beitragen könnten, die Kollegen zu entmutigen, weil darauf die Vorfassung geschöpft werden könne, daß an eine Erweiterung der Unterführungs-einrichtungen überhaupt nicht zu denken sei.

Gau-Verantwortung spricht gegen jede Erweiterung der Unterführung, die die Position des Verbandes in den Kämpfen mit den Unternehmern schwächen würde.

Fischer-Berlin spricht seine grundsätzliche Gegnerchaft gegen jede Erweiterung der Unterführungen aus.

Die Entscheidung steht die Urträge aus dem Gau Erfurt, die auf Einführung der Arbeitslosenunterführung und Minderung der Krankenunterführung gerichtet sind, zurück angeht, da der von Vömler geführten Situation.

Gebbe-Hamburg betont, daß Hamburg keine Urträge auf Unterführungs-erweiterungen gestellt habe, dagegen beantrage, daß der Verbandsvorstand beauftragt werde, Erörterungen darüber anzustellen und danach Vorschläge zu machen, in welcher Höhe und bei welchem Wochenbeitrage die Einführung der Arbeitslosenunterführung möglich sei.

Naber-Dalle erklärt sich für den Gau Leipzig, gegen eine Erweiterung der Unterführungen. Nur an Streikunterführung dürfe nicht gepart werden, denn diese gehöre zum Kampfschaffen der Organisation.

Hömeburg bemerkt in seinem Schlußwort, daß er sich keineswegs als grundsätzlicher Gegner der Unterführungs-einrichtungen bekannt habe, im Gegenteil, er habe betont, daß die bestehenden Unterführungs-einrichtungen von großer Bedeutung seien und daß eine Gewerkschaft heute nicht ohne solche auskomme.

In der Abstimmung wird die Arbeitslosenunterführung gegen zwei Stimmen abgelehnt, dagegen beschlossen, daß der Vorstand Erhebungen über den Umfang der Zahl der Arbeitslosen veranstaltet. Abgelehnt werden auch alle Urträge zur Krankenunterführung, Streikunterführung und Reserveunterführung. In Bezug auf die Familienunterführung bei Streiks wird der Vorstand beauftragt, für den nächsten Verbandstag eine Vorlage auszuarbeiten. Beschlossen wird, daß den arbeitslosen Kollegen durch die Zweigvereine von einem bestimmten Zeitpunkt ab die Beiträge erlassen werden. Die weiteren dierher gehörigen Urträge werden abgelehnt bzw. einzelne dem Vorstande als Material überwiesen.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Däumig in Halle.

Brautleute

sowie sonstige Möbel-Interessenten sollten nicht versäumen, vor Einkauf ihres Bedarfes meiner ständigen grossen Möbel-Ausstellung in jedem Geschmack und in jeder Preislage einen zwanglosen Besuch abzustatten. Kein Laden, aber enorm grosse Ausstellungsräume direkt im Fabrikgebäude.

Weltgegendste Garantie. Billigste Preise. Teilzahlungen gestattet.

Möbelfabrik C. Hauptmann, Halle a. S., Kleine Ulrichstrasse 36 a. h.

Bezirkstag der Sozialdem. Partei des Regierungsbezirks Merseburg.

Das unterzeichnete Komitee beruft auf Sonntag, den 11. Oktober 1908, vormittags 9 Uhr, nach Halle, Volkspark, Burgstraße, den diesjährigen Bezirkstag ein.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Bericht des Agitationskomitees und der Kreisvertrauensleute (Organisation und Agitation).
2. Presse. Referent: Genosse Fröhlich-Halle.
3. Jugendorganisation. Referent: Gen. Leopold-Steinhilber.
4. Frauenorganisation. Referentin: Gen. Wabers-Berlin.
5. Verchiedenes.

Einwoige Anträge müssen bis zum 5. Oktober d. J. an den Unterzeichneten eingereicht werden.

Das Agitationskomitee des Regierungsbezirks Merseburg.
S. U.: R. Dreifcher, Halle, Satz 42-43.

Die Generalversammlung d. Sozialdemokr. Vereins für Halle und den Saalkreis.

Die gestern vormittags 12 Uhr ihren Anfang nahm, war von etwa 700 Mitgliedern besucht. Die angekündigte politische Ueberwachung fand nicht statt. Vermittlungsgewinne scheint man politisch-eigentlich eingesehen zu haben, das eine Ueberwachung unterer Mitglieder-Veranstaltungen direkt gegen die Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes verstoße. Es ist auch besser so, wenn von Volkseigenschaft keine unnötige Erregung in weite Kreise getragen wird. Denn was bei sozialdemokratischen Mitgliederveranstaltungen recht ist, muß bei den Bürgerlichen eben billig sein. Uebergriffe gegenüber dem Vereinsgesetz werden sich aber keine Parteivereine gefallen lassen dürfen, mögen diese Parteien heißen wie sie wollen, vorausgesetzt, daß diese Vereine auch wirklich auf eine Hebung der von ihnen erachteten mit gemeinsamen Gesetze leben.

Genosse Albrecht ergriff dann im Anschluß an den gedruckt vorliegenden Jahresbericht Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes. Die Arbeit des letzten Jahres habe zwar Fortschritte gezeigt, aber ganz zufrieden könne man damit nicht sein. Das sei besonders bei den Demonstrationen gegen das Landtagswahlrecht unstrittig zu sagen. Im Gegensatz hierzu ließe das Ergebnis der Landtagswahl selbst. Haben sich unter Stimmen doch nahezu verdoppelt und die Zahl unserer Wahlmänner stieg von 108 im Jahre 1903 auf 196 in diesem Jahre. Aus dem Verlauf der Wahl haben wir aber auch gelernt und werden vorgesehene Fehler bei nächsten Wahlen vermeiden werden. Aber auch die Genossen müssen dann besser auf dem Posten sein und dafür sorgen, daß ... organisierter Arbeiter bei der Stimmabgabe steht. Er geht dann auf die Veränderung der Satzungen ein, die sich auf Grund des neuen Reichsvereinsgesetzes nötig machte. Vorstand und Kommission haben sich größte Mühe gegeben, allen berechtigten Wünschen Rechnung zu tragen, wenn aber trotzdem nicht alle Wünsche erfüllt worden sind, so ist das nicht Schuld der beiden amtierenden Faktoren.

Die Organisierung der Frauen, wie sie jetzt nach dem neuen Vereinsgesetz möglich ist, hat leider noch nicht die gewünschten Fortschritte gemacht, dazu ist die Sache noch zu neu und der Zeitraum ein zu kurzer. Zur Frage der Jugendorganisation haben wir bis nach dem Parteitag eine abgemessene Stellung eingenommen für auf gefunden, um so mehr, da auf beiden Seiten (Partei wie Gewerkschaften) unserer Kreises die selbständigen Jugendorganisation keine rechte Sympathie finden. Was wir aber trotzdem tun konnten, haben wir für beide Kategorien getan.

Was den finanziellen Erfolg betrifft, so können wir damit zufrieden sein, so daß wir in Zukunft allen berechtigten Ansprüchen in bezug auf Agitation, Organisation und Bildungsarbeiten mehr als bisher entgegenkommen können. Auch aller Verpflichtungen dem Hauptverband in Berlin gegenüber sind wir nachgekommen. Da also unsere Kasse in ziemlich gutem Zustande ist, konnten wir darauf verzichten, heute einen Vorstoß zur Einführung des 10 Pf.-Wochenbeitrages zu machen, wie ihm schon viele Kreise haben und angeht die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse verdrängen wir um so eher lieber darauf. Genosse Albrecht berichtet dann die einzelnen eingegangenen Beschwerden und deren Erledigung, um dann den Uebergang der Kasse und des sehr reichhaltigen

Inventars des Arbeiterbildungsvereins auf den Sozialdemokratischen Verein bekannt zu geben. Damit habe uns unser Verein die Aufgabe des aufgelösten Vereins, Aufführung und Stützung in die Hände zu tragen, übernommen und werde versuchen, dieser Aufgabe gerecht zu werden.

Der Parteisekretär Genosse Reimann, der zugleich Kassierer ist, erstattete den Kassenericht. Das Sekretariat ist doch aus dem Grunde geschaffen worden, um die Organisation und Agitation besser zu pflegen, mehr Bewegung in die Massen zu bringen. Dazu gehört, die Organisation systematisch bis in die entferntesten und buntesten Winkel auszubauen. Das ist nur möglich durch intensive schriftliche Agitation dort, wo uns keine Möglichkeit der mündlichen Agitation geboten ist. Das hat im letzten Jahre nicht in gewöhnlicher Weise erfolgt ist, daß seinen Grund darin, daß eine ganze Reihe Wahlen stattgefunden haben, so daß andere Aufklärungsarbeit naturgemäß zurücktreten mußte. Das muß nachgeholt werden, um so mehr, da auch unsere Gegner, besonders der Reichsverband, durch Errichtung von Sekretariaten einen systematischen und energiegelassen Verleumdungsfeldzug gegen die Sozialdemokratie führen.

Aber auch in Halle und nächster Umgebung muß noch tüchtig gearbeitet werden, nicht nur, um die gewonnenen Genossen weiterzubilden sondern um uns noch fernlebende heranzuziehen. Doch hat die Agitation nicht nachgelassen, haben wir doch im letzten Jahre 28800 Flugblätter verbreitet, was allerdings nicht genügt. Die Mitgliederbewegung hat ziemlich stark sinken. Zu verzeichnen haben wir eine Zunahme von 319 Mitgliedern, darunter 11 weibliche (bis 90 Juni). Blickt der Parteiführer sei es, dafür zu sorgen, daß die Beiträge regelmäßig eingehen. Das voriges Jahr beschloß eine Beitragserhöhung um 5 Pf. habe leider versagt, daß eine ganze Anzahl Mitglieder ausgetreten ist. Speziell ist dies von Arbeitern des Bauwesens, und hier wiederum von Maurern, zu verzeichnen. Das sei sehr bedauerlich, um so mehr, da gerade diese Gruppe kurz vorher einen langwierigen Kampf mit dem Unternehmer geführt habe, wobei sie von der Partei auf alle Art im Kampfe gefördert und unterstützt wurden. Durch den Austritt aus so wichtigen Gründen beweisen diese Arbeiter nur, daß sie ihre Klassenlage noch nicht erkannt haben, das Parteiprogramm noch nicht verstanden. Die überzeugten Genossen dieser Gruppen werden dafür zu sorgen haben, daß diese Mängel nicht wieder zu uns zurückgeführt werden. Zum Schluß forderte Reimann die Parteiführer und Kassierer auf, alle ihnen aufgegebenen Arbeiten sofort auszuführen. Das betrifft hauptsächlich die Ums- und Abmeldebücher. Im allgemeinen muß aber auch die Arbeitsfreudigkeit der Mitglieder zunehmen. Die Leistung der Beiträge allein ist das wenigste, was ein Genosse für die Partei tun kann. Arbeiten ist die Hauptfache und zwar gemeinlich am Arbeit aller Arbeiterkategorien und -Organisationen.

Die Genossin Sperling als Vertrauensperson der weiblichen Mitglieder hat nicht viel zu melden, weil die Bewegung noch zu jung ist, hofft aber auf den Zukunft alles. Es wird beabsichtigt, eine Dienstbotenorganisation zu gründen und die Arbeiterinnen der einzelnen Fabriken ihren Organisationen und unterer Partei auszuführen. Das ist aber nur möglich, wenn die organisierten Frauen mit Hand anlegen und unermüdlich unter ihren Geschlechtsgenossinnen auflaufen und werben tätig sind. Von einer Organisation zum Parteitag sehe man angeht die wenigen organisierten Mitglieder ab, doch wurde genehmigt, daß der oder die Parteiführer beauftragt sind die vorangehende Frauenkonferenz beizugehen.

Gen. Jaßig erstattete namens der Revisoren Bericht und erwiderte um Entlastung des Sekretärs, da alles in Ordnung sei. In der sich anschließenden Diskussion sprach Gen. Heine seine Genehmigung darüber aus, daß ein ein gedruckt Jahresbericht vorliege. Er macht noch den Vorschlag, für die Parteiführer ein Verhaltungsreglement auszuarbeiten, um die Parteiführer zur Führung ihrer Geschäfte zu schulen und so den persönlichen Streit aus den Parteiführungen fernzuhalten. Er bemängelt dann den verhältnismäßig geringen Fortschritt des Mitgliederbestandes und des Markenumsfahrs, der nur 9/10 Monatsbeitrag pro Mitglied im Jahre 1908 betrage. Es müßte also noch viel mehr gearbeitet werden.

Gen. Albrecht gibt zu, daß die Klagen des Gen. Heine berechtigt seien, er gehe aber von den Erfahrungen aus, die in Gewerkschaften gemacht werden. Aber das seien ganz andere Organisationen. Wer dort keine Beiträge bezahle, gehe seiner Rechte verlustig. Das riskiere so leicht keiner. Bei uns sei das nicht

der Fall, weil wir keine derartigen Rechte besitzen. Wer Parte hat und abreist, tut dies ohne Bezahlung und trete dann event. wo anders neu ein. Oder er trete selbst am Ort aus nützlichen Gründen aus. Wir haben eben nicht die starke Organisation und können die Mitglieder nicht durch Unterführungen usw. festhalten, sondern nur durch Hebung des Idealismus und durch Propagierung unserer Ziele.

Der Antrag Heine, ein Verhaltungsreglement für die Parteiführer auszuarbeiten, wird angenommen, ebenso der Antrag Jaßig um Entlastung des Sekretärs.

Der Bericht der Pressekommision erstattet an der Hand des Jahresberichts der Gen. Gerig. Er ergab sich nun noch insoweit, daß er erwähnt, daß an den einzelnen Strafen sämtliche Parteikassiere beteiligt waren und daß Genosse Reimann heute deshalb nicht anwesend sein kann, weil er eine längere Freiheitsstrafe zu verbüßen habe. Bekümmert gegen die Resolution hatte die Pressekommision nur eine zu erheben. In letzter Zeit war die Pressekommision mit der Faltung der Resolution in bezug auf die Budgetbewilligung der Süddeutschen nicht einverstanden. Sie habe deshalb Stellung hierzu genommen und dies in einer der Resolution übermittelten Resolution (die er zur Verlesung bringt) zum Ausdruck gebracht. Damit sei diese Angelegenheit erledigt und er hoffe, daß hierüber heute keine weitere Diskussion stattfinden.

Gen. Groß als Verleger erstattete dem Bericht über den Stand des Blattes. Natürlich nehme Halle die erste Stelle ein, erst in weitem Abstande folge der Zeiter Kreis, obwohl was Abonnentenliste was Zirkulationsliste betrifft. Doch sei daraus zu ersehen, daß auch hier noch sehr viel zu tun sei, um eine der Großstädte würdige dominante Stellung einzunehmen. Da sehr viele ländliche Genossen anwesend sind, geht er besonders auf den Stand des Volksblattes in den ländlichen Distrikten ein, um festzustellen zu müssen, daß auch hier noch sehr viel Fleißarbeit notwendig ist.

Zum Bericht der Pressekommision machte Genosse Schnabel auf einen Fehler in der Entschädigung des Kassierers aufmerksam und beschwerte sich dann über die mangelhafte Berücksichtigung über gewerkschaftliche Generalversammlungen etc. Es müßten darüber täglich fünf Vergütungen gegeben werden. Dann bemängelte Reimann noch die Gehälter der Kassierer im Vergleich zu den Löhnen einiger Arbeiter. Schließlich beantragte er noch, die Pressekommision und den Vorstand zu beauftragen, in nächster Zeit die Gehälter und Löhne der Angestellten zu revidieren. Auch über einige Ausstrichungen führte er Beschwerde, deren Beseitigung nicht bemängelt wurden, sich den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen anzuschließen.

Gen. Groß stellte fest, daß dieser Rechenfehler auf ein Versehen zurückzuführen ist. Was die Ausstrichungen betrifft, so kommen hierbei vielleicht nur einige der ältesten in Frage, die schon seit 1890 das Blatt austragen. Würde heute eine Änderung beschlossen, dann werde dem Beschluß Rechnung getragen werden.

Die Frage der Bezahlung der Kassierer und einiger Arbeiter zeigte noch eine längere Ausdeutung, bis schließlich durch Annahme des Antrages Schnabel diese Angelegenheit zur Regelung dem Vorstand und der Pressekommision übergeben wird.

Es folgen die Wahlen des Vorstandes und der übrigen Funktionäre, die folgendes Resultat ergaben, wobei wir bemerken, daß die gelistet gedruckten Namen die der Genossen sind. Bei den Schiedsrichtern erklärte die Generalversammlung den Genossen Heine für gewählt, da Genosse Hertzog nicht in der Verammlung anwesend war.

1. Vorsitzender: Albrecht 446, Thiele 208. 2. Vorsitzender: Remmold 267, Nord 111, Gröbel 88, Albrecht 75, Weiser 67, Mendon 49. Schriftführer: Dertel 207, Gehling 163, Gröbel 149, Seyn 92. Schiedsrichter: Mendon 418, Gerig 410, Reitel 290, Dierdorf 288, Reimann 255, Schnabel 180, Amtage 151, Adler 121, Wittig 113, Reimann 85, Döring 56, Graf 51, 30 ungültig. Pressekommision: Weisbach 429, Krüger 420, Schneider 318, Schnabel 201, Adler 161, Starke 135, Schulte 110, Eichling 110, Weimann 12, ungültig 23. Agitationskommision: Schmidt 426, Sano 413, Wüchel 308, Gröbel 210, Reimann 180, Hof 126, Müller 81, Kochanski 188, Lindemann 81, Köpfer 18, Schnabel 1, Dierdorf 1, Göttinger 1, ungültig 6. Revisoren: Jaßig 470, Heine 358, Göttinger 321, Schnabel 178, Schneider 160, Reimann 119, Schellend 107, Dertel 67, Eichling 49, Friedrich 34, Reib 1.

Kleines Feuilleton.

Aus dem Leben der Gefangenen in den sibirischen Bergwerken. Aus den fernsten Berggebieten Sibiriens, hinter den rauhen Bergketten Transbaikaliens hervor, dringt nur selten die Stimme des zur Zwangsarbeit herbeizutragenden Gefangenen in die Öffentlichkeit. Der elementarsten Menschenrechte beraubt und zu den schwersten Arbeiten in den Bergwerken herbeizutragenden Gefangenen hier der geringsten Billigkeit und wichtigsten Gewissenshaftigkeit der Administration ausgesetzt, die nicht nur seine Lage zu verschärfen soll, sondern auch im Namen der „Disziplin“ seine Menschenwürde mit Füßen tritt. Der Gefangene wird gezwungen, selbst bei dem geringsten Unfug die Mißbilligung zu erdulden, und für jede Abweichung von der Disziplin scharf bestraft zu werden. Alles, was physisch und moralisch seinen Beruf genügt, alles, was den Schutz des Lebens und der Gesundheit des Gefangenen betrifft, wird auf ein Minimum reduziert. Die Zahl der Gefangenen in den Bergwerken übersteigt die zulässige Norm um zwei- bis dreimal, der größte Teil der für Verpflegung und Bekleidung der Gefangenen ausgesetzten Gelder wird nicht auf die Verwaltung der Bergwerke, sondern auf die Verpflegung der Gefangenen verwendet. Das Wunder also, wenn unter diesen Verhältnissen sowohl auf der sibirischen „Katorga“, wie auch in den russischen Bergwerken die Gefangenen von Zeit zu Zeit zum letzten Mittel greifen — zu Gefängnisrevolten.

Ausgehendes Brief eines Kriminalgefangenen, der uns von der Reaktion des Bolschewik auf die Verfügung gestellt wurde, schildert in anschaulicher Weise die Lage der Gefangenen in den Bergwerken des Reichsinneren Sibiriens. Der Briefschreiber hat alle „Freuden“ dieses Lebens selbst durchgemacht. Schon sein Anblick zeugt von den erlittenen Qualen. Mit grauenhaft verblüffender Leiche ähnlich, die Arztkommission in Gornj-Serentini hatte ihm als unfähig für die Bergarbeiten erklärt. „Inzwischen wurde ich — so heißt es im Brief — aus den Kadabers Bergwerken im Bolschewik-Bezirk überführt. Dort angelangt, weigerte ich mich, vor dem Oberaufseher Stepnow die Miße zu stehen. Um sich an mir zu

rächen, beorderte er in seinem Rapport dem Gefängnisdirektor Polokitsin, daß ich bei der Arbeit faulenze. Polokitsin befehligte man mit achtzig Huterkräften verhaftet. Nach der Verhaftung wurde ich von Oberaufseher Stepnow zum Bergwerk beauftragt, der Bruchstücke von Asten in den Wunden auf meinem Körper entdeckte. Als er die Aufmerksamkeit des Meisters darauf lenkte, entgegnete dieser, daß die Exekution keinerlei schädliche Folgen für mich gehabt habe. Bald darauf erkrankte ich an Typhus und lag 21 Tage ohne Bewußtsein darnieder. Als ich zu mir kam, trat der Oberaufseher Stepnow an mich heran, erklärte, daß es ihm leid tue, daß ich so geschwächt wurde, und fragte gleichzeitig den Soldaten, der mich bewachte, ob ich insipidien gefühlt hätte. Als dieser das bejahte, befehligte Stepnow, daß er mir Kolbenhämorrhagie verleihe. Gleich ist ich schwer krank darniederlag, bekam ich zwei heftige Kolbenhämorrhagien. Die ich schließlich erlittene Schüttelfieber hatte (hier wird das Schüttelfieber nicht, wie vorgeschrieben ist, alle drei Monate, sondern nur alle sechs bis acht Monate neu ergriff), so hat ich den Oberaufseher, mir neue Söhne zu geben. Zur Strafe schickte er mich nach Bolschewik-Bergwerken. Es war gerade im Dezember, und unterwegs kamen mir alle sieben an den Körper ab. Auf den Bolschewik-Bergwerken brachte man mich ins Quarantän, wo ich drei Tage ohne ärztliche Hilfe lag. Ich blieb hier 1/2 Monate und wurde vom Feldscher Orbanow behandelt. Als einziges Heilmittel benutzte er — Karbolwasser. Ueberhaupt, wenn ich die Arrestanten an diesen Feldschern wende, so fährt er dem Vorwurfe, daß die Gefangenen simulieren und in den Quaranten kommen müssen ...

Bergarbeiter sind hier ein alltägliches Ereignis. Während meiner Anwesenheit wurden unzählige Gefangene durchgeprüft: Stepnow, weil er nicht beim Eintritt des Aufsehers die Miße angenommen hatte (50 Rubel Strafe), Solowow wegen Verschlimpfung des Chefs (300 Rubel Strafe) usw. Am 17. August 1908 ergriffte ich an den Bolschewik-Bergwerken folgenden. Ein Gefangener, der in der Strafe als Schreiber beauftragt war, bezog sich unter der Gestalt des Bolschewik-Soldaten nach dem Leben. Auf dem Wege habe er den Soldaten, auf einige Minuten in ein Gässchen eintreten zu dürfen. Dieser war damit einverstanden. Raum hatte aber der Gefangene einige Schritte gemacht, als er vom Soldaten unmerklich niedergebunden wurde. Der Soldat bekam dafür als Belohnung 10 Rubel und den Rang eines Gefreiten und

prahlte, jetzt, daß er noch 2-3 Arrestanten heruntererschleichen werde.

So fährt ein Mann, der jahrelang in den sibirischen Bergwerken interniert war.

Was verdient Frauen an seiner Katorge. Die Antwort ist leicht gegeben: 9 bis 10 Millionen jährlich. Die Einkünfte aus dem Zigarettenhandel betragen pro Jahr rund 110 Millionen Mark, die Ausgaben (Gemeinwahrung, Stempel, Ausgaben an das Reich, Provisionen, Verwaltungskosten) 109 1/2 Millionen Mark. Abgesehen von den Vorkäufen nimmt der Staat pro Jahr ein: 80 000 Mark aus dem Verkauf veralteter Zole und abgeleiteter Zigaretten, 17 700 000 Mark Reichsgeld, die aber auf Heller und Pfennig an das Reich abzuliefern sind. Freuen daher nicht zugute kommen, 450 000 Mark aus dem für die Rechnung der Zigarettenfabrikation an Spiel von Frei- oder Erbspielen, 13 311 000 Mark planmäßige Gemeinnabme des Staates, 15 000 Mark für nicht abgehobene Gemeinnabme infolge Vergeßlichkeit der Spieler oder Verlust der Zole. Diese Einnahmen belaufen sich also — ausschließlich der Reichsgeldmeldeabgabe — auf 13 558 000 Mark, wobei die Gemeinnabme die Hauptemahme bilden. Von diesen Einnahmen sind die Ausgaben zu befreien. Diese sind: 1 270 000 Mark Gemeinnabme der Zigaretten-Gemeinnabme, 2 770 000 Mark für Bekleidungen der 41 Beamten, für persönliche, sächliche Ausgaben und für Vorkauf für die an der preußischen Katorge beschäftigten anderen Staaten (2 477 000 Mark), Abgesehen von dieser Kasse, die im Jahre gemittelt sehr gut fortfallen wird, betragen die Verwaltungskosten 283 000 Mark. So stehen 13 558 000 Mark Einnahme 4 040 000 Mark Ausgaben gegenüber, was einen Reingewinn von 9 518 000 Mark ausmacht. Treten noch außerordentliche Ausgaben hinzu, wie diesmal der Neubau eines Geschäftsgebäudes für die General-Verwaltung mit rund 200 000 Mark, so ist der Reingewinn geringer.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der deutschen Wasserkräfte. Ueber die Ausnutzung der natürlichen Wasserkräfte Deutschlands und ihre Bedeutung für die Volkswirtschaft hat Herr Hamm im Brandenburger Volksblatt ein des Vereins Deutscher Ingenieure einen hochinteressanten Vortrag, dem die folgenden Angaben entnommen seien. Nicht

Der Bericht soll auf Befehl der Generalversammlung von einem Delegierten befristet werden. Die Herren Funck, Widenberg, Dammig, Dertel und die Genossen Gerlach, Biedert sind auf eine Delegation. Das Resultat der Abstimmung war folgendes: Abgegebene 666 Stimmen, Feind 384, Amert 110, Widenberg 60, Dierberg 24, Dammig 9, Dammig 2, Frau Sperling 8 Dertel 3, Drecher 1, gesamt 53.

Hierauf nimmt Genosse Dammig das Wort, um über die Presse zu referieren, wobei er kurz die Entlohnung der Presse und besonders unserer Parteipresse erörtert. Unsere Presse sollen die Bolschewisten nur durch persönliche und ganz ersichtliche Manöver sich nicht nur durch persönliche Auffassung und Zustimmung leisten lassen. Das Volkblatt hat trotz des Kapitalismus und die preußisch-deutsche Reaktion und deren Kämpfe bis auf äußerste Bekämpfung. Es hat sich dadurch zwar ungenügend viel Freude ausgesprochen, aber auf der anderen Seite einen großen Umkreis in der Gestaltung der Bevölkerung herbeiführen. Aber auch in bezug auf Aufführung und Bildung der Massen hat es stets den ihm gebührenden Platz eingenommen. Allerdings hatten ihm noch die Mängel und Fehler an, aber auch diese werden beseitigt werden, wenn die Genossen die Hand dazu bieten. Der Referent bespricht dann die einzelnen Teile des Blattes nach ihrer Wichtigkeit und weist hierbei nach, was dem Blatte alles noch fehle, um die ihm gebührende achtunggebietende Stellung voll und ganz einzunehmen, eine festeren Befestigung der Redaktion, größeren Umfang des Blattes und eine geschlossene einige Arbeiterschaft hinter dem Blatte. Nach längeren Ausführungen über die Kämpfe des Blattes, seiner Entlohnung und der schwierigen Aufgabe, eine förmlich und lässliche Bekämpfung gerecht zu werden, kommt er auf die von vielen Seiten bemängelte Faltung des Volkblattes in der Budgetfrage der Arbeiterschaft zu sprechen, ohne nicht vorher die beiden Begriffe, radikal und revolutionär, näher erläutert und kritisiert zu haben. Er kommt hierbei zu dem Schluss, daß das Volkblatt nie revolutionär gewesen sei. Allerdings könne es vorkommen, daß die Redaktion im Gegenzug zu einem großen Teil der Genossen stehe, aber deshalb dürfe man nicht gleich das Anathema über die Redaktion ausprechen. In der Budgetfrage, die nicht ohne weiteres mit ein paar Worten abgetan ist, habe das Volkblatt allerdings keine aggressive Stellung eingenommen, aber schließlich habe doch jeder Redakteur eine eigene Meinung, die er vertrete, und es werde schließlich einen geben, der es allen recht machen kann. Daß aber das Volkblatt in vielen anderen prinzipiellen Parteilagen seine selbständige Stellung eingenommen habe, liege an den eigenartigen Verhältnissen, unter denen die hiesige Partei lebe und gelebt habe. Solange keine einige geschlossene Masse hinter dem Blatte stehe, so lange werde es für die Redaktion schwierig sein, den richtigen Ton zu treffen. Wie schwer es ist, den rechten Weg zu gehen, beweise die Wasserfrage, in der das Volkblatt den auf Grund der gelassenen Beschlüsse vorgezeichneten Weg gegangen sei, worfür ihm nicht allein Vorwürfe gemacht wurden, sondern ihm auch die Verantwortung für etwaige Mißregelungen aufgebürdet wurde. Er wolle noch darauf hinweisen, daß sowohl bei den gewerkschaftlich organisierten wie bei den landlichen Arbeitern noch sehr viel für die Ausbreitung des Volkblattes getan werden müsse. Denn Partei und Gewerkschaft sind aufeinander angewiesen und bei den bevorstehenden schweren Kämpfen der Unternehmer mit den Arbeitern werden Partei und Parteiführer ihre volle Schuldbiligkeit tun müssen. Deshalb sei es jetzt schon notwendig, die gewerkschaftlich organisierten auf diese Punkte vorzubereiten und zu guten Genossen zu erziehen. Die Besprechung des Genossen Schmal ist auf ein Mißverständnis zurückzuführen. Der beschränkte Raum unseres Blattes gebiete nur voller Willen Einhalt, auf keinen Fall dürfe man eine solche Ansicht der Redaktion voraussetzen. Kurz resümierend schloß Genosse Dammig damit, daß das Volkblatt nach wie vor den prinzipiellen Standpunkt streng vertreten werde.

In der Diskussion zeigte Genosse Schmal, wie wenig Verständnis für eine gut redigierte Zeitung bewirkt die Tätigkeit der Redakteure noch in vielen Kreisen hervorbringt, während Genosse Albrecht nicht umhin konnte, seine gegen das Verfalls-Meinung über die Faltung des Volkblattes in der Budgetfrage laut zu sprechen. Diese wichtige Frage hätte ohne weiteres auf leitender Stelle unter viel stärkerer Betonung des prinzipiellen Standpunktes der Redaktion behandelt werden müssen. Denn das Verhalten der Arbeiterschaft ist eine Frontierung gegen die Parteiführerschaft, was nicht scharf genug zurückgewiesen werden muß. Auf besserer Standpunkt steht auch Genosse Funck, der auf seiner Agitationstour viele Beschwerden über die Haltung des Volkblattes in dieser Frage

blos die natürlichen Wasserfälle, sondern auch die Niederschlagswasser sind durch Anlage von Talperlen und Staubecken auszunutzen. Dazu tritt noch die Möglichkeit, die Wasserkräften der Bad- und Flussläufe (sowie der Seen der technischen Ausnutzung zuzuführen. Durch einen natürlichen Wasserfall, der sich durch die Schwerkraft bei günstigen Bedingungen zu ihrer Ausnutzung darbietet. Hier macht ja die Verwendung der mechanischen in elektrische Energie gar keine Schwierigkeiten. Trotzdem sind erst vielleicht ein Prozent der vorhandenen Kräfte nutzbar gemacht worden; unter ihnen nehmen der Niagara, der Rhodan und die Trochilfälle in Schwaben einen wichtigeren Rang ein. In Europa ist Schweden wegen seiner Oberflächenbau des Land der günstigsten Wasserfallverhältnisse. Deutschland hat dagegen nicht viele Wasserfälle, deren technische Ausbeutung einen großen Nachlass gestattet, dennoch besitzt es reiche Wasserkräfte, die nutzbar gemacht werden können. Es ist bedauerlich worden, daß allein aus den Bodwäldern, die nach der preussischen Seite des Riesengebirges niedergehen, gewaltige Mengen an Energie erzeugt werden können. Jahresmäßig ist man zu 65 Millionen Pferdekräften, das sind rund eine Million Pferdekräften, gekommen, die einen Gewinn von vielleicht 100 Millionen Mark entsprechen würden.

Jetzt gibt es im Deutschen Reich 41 Talperlen, 13 weitere sind in Vorbereitung oder geplant. Viele Gebirge sind zur Anlage von Staudenbauten geeignet. Diese vermindern die Gefahr des Hochwassers indem sie es langsamer ablassen und in den Seen die Wasserkräfte bis zur Benutzung lagern und auch noch die an- und ungenutzten Kräfte bis zum Licht und Kraft verwerten können. Bis zum Jahre 1905 wurden von Wasseranlagen in Deutschland 295 000, in Frankreich 650 000, in Italien 465 000, in der Schweiz 375 000 Pferdekräften geleistet.

Wasserkräfte-Anlagen sind technisch fast überall auszuführen, nur wirtschaftlich ist es nicht überall, weil der Preis der Anlage geteilt werden muß konzentriert. Dann wird natürlich der Privatunternehmer die für ihn günstigeren Betriebskraft wählen. Volkswirtschaftlich ist es aber von größter Bedeutung, möglichst überall die Wasserkräfte auszunutzen, um damit an Kohlen zu sparen, deren Vorrat unerschöpflich abnimmt, während die Wasserkräfte schier unerschöpflich sind. Selbst in tobenem Wasser Gewerbe des Bergbaues, das heute noch nicht immer in ausgenutzt, wie es zu wünschenswert wäre.

Einige Anlagen, zuerst Italien, welche die staatswirtschaftliche Bedeutung der Wasserkräftenausnutzung sehr wohl einsehen und im Hinblick auf die kommenden Anlagen eigene Wasserwerke aufbauen.

hören mußte. Das Volkblatt habe in der Budgetfrage eine durch nichts zu rechtfertigende schwächere, gestörte Haltung eingenommen.

Im Schlußwort zeigt Genosse Dammig dann nochmals auf die einzelnen Beschlüsse ein, die diesen teilweise berichtigt, teilweise anerkennt, um dann eine viel größere theoretische Vertiefung über die Ideen des Sozialismus in den Kreisen der Genossen zu fordern.

Als Kandidat des Stretzes für die Reichstagswahlen wurde nach einigen einleitenden Worten auf Vorschlag der Funktionäre der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen und der Distrikte Ammendorf und Lettin der langjährige Vertreter des Stretzes, Genosse Frlb Kunert, gegen eine Stimme wieder aufgestellt.

Mit Worten des Dankes für das ihm erneut geschenkte Vertrauen, wobei er an die vielen Kämpfe, die er während seiner Wählertätigkeit für den Kreis mit den Genossen geführt hat, nahm er die Kandidatur wieder an.

Der Vortrag über Organisation und Agitation, sowie die Wahlen der Delegierten zum Bezirkstag wurden der vorgerichteten Zeit halber bis zur nächsten Mitgliederversammlung, in der Bericht über den Parteitag erstattet wird und die an einem Sonntag stattfinden soll, zurückgestellt.

Ein Antrag Lettin, wonach für den Beitrag von 20 Pf. den weiblichen Mitgliedern die Gleichheit umsonst geliefert oder der Monatsbeitrag auf 10 Pf. herabgesetzt werden soll, wurde abgelehnt. Dasselbe geschah mit dem Antrag der Genossin Sperling, die verlangt, daß die Gleichheit an die organisierten Frauen vom Zentralvorstand gratis geliefert werden soll. Ein Antrag des Genossen Dammig, das Eintrittsgeld auf 20 Pf. zu erhöhen und dafür jeden Parteimitgliedern die Proschüre „Kauflisch-Schäfers Grundzüge und Forderungen der Sozialdemokratie“ gratis, den alten Mitgliedern gegen Nachzahlung von 5 Pf. zu liefern, wurde wegen der dadurch bedingten Etatsänderung dahin mobilisiert, daß der Vorstand konstatiert wird, den Mitgliedern diese Proschüre für 5 Pf. zu liefern.

Ein weiterer Antrag des Genossen Dammig, aus der Zentralratsliste für die landlichen Distrikte Wander-Büchereien zusammenzustellen, wurde angenommen, doch soll der nächsten Versammlung der Spezialantrag zur Genehmigung vorgelegt werden.

Ein Antrag des Genossen Leuschner, den Mitgliedern das Parteitagprotokoll billiger zu liefern, wurde angenommen. Damit war die Tagesordnung erschöpft. Gen. Albrecht gab noch einen kurzen Rückblick auf den wählbaren Verlauf der heutigen Generalversammlung. Höfentlich sind die heute neu-gewählten verschiedenen Funktionäre in der Lage, zur Zuständigkeit über zu arbeiten, damit es zum Wohle der Partei und der Gewerkschaften führe.

Mit einem dreifachen Hoch auf die internationale, völkerverbindende Sozialdemokratie schloß er dann die Generalversammlung, deren Teilnehmer bis zum Schluß in voller Anzahl ausgehert hatten.

Mit dem Abgehen des Sozialdemarischen enterneten sich dann die Genossen und Genossinnen.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 7. September.

Ueber die Steuerkraft der Bürger.

gibt die jetzt bis zum 15. d. Mts. anschließende berichtete Liste der wohlberechtigten Bürger ein ziemlich genaues Bild. Nach dieser Liste sind in der ersten Abteilung in der ersten Abteilung 246 Bürger mit einem Steuerlohn von 1 493 266,86 Mk. (kommt auf einen Bürger ein Steuerlohn von 6070,27 Mk.) gegen 247 Bürger mit einem Steuerlohn von 1 850 766,18 Mk. oder einer Steuerkraft von 5428,02 Mk. pro Bürger im Jahre 1907; in der zweiten Abteilung 2054 Bürger mit einem Steuerlohn von 1 331 807,53 (oder 648,39 Mk. pro Bürger) gegen 1938 Wähler mit 1 947 894,94 Mk. (897,05 Mk. pro Kopf) Steuerlohn im Jahre 1907; in der dritten Abteilung hingegen 20 300 Bürger mit einem Steuerlohn von 1 179 672,38 Mk. oder pro Kopf 58,12 Mk. Steuerkraft gegen 19 963 Wähler mit einem Steuerlohn von 961 165,87 Mk. (d. i. 49,64 Mk. pro Kopf) im Vorjahre. In den Vorjahren sind hingegen dies Jahr vorgegangen in der ersten Abteilung 10 Wähler mit einem Steuerlohn von 266 615,20 Mk. oder 2666,15 Mk. Steuerkraft pro Kopf gegen 8 Wähler im Vorjahre mit 226 314,68 Mk. oder 28289,33 Mk. Steuerlohn; in der zweiten Abteilung 244 Wähler mit einem Steuerlohn von 245 849,87 Mk. oder 1007,58 Mk. pro Kopf gegen 221 Wähler im Vorjahre mit 218 821,43 Mk. oder 967,51 Mk. pro Kopf; in der dritten Abteilung 8973 Wähler mit einem Steuerlohn von 154 426,80 Mk. oder 38,87 Mk. pro Kopf gegen 8779 Wähler mit 144 247,39 Mk. d. i. 38,17 Mk. pro Kopf im Jahre 1907.

Diese Ziffern zu vergleichen ist sehr interessant. Während in der ersten Abteilung sich die Steuerkraft in einem Jahre bei dem einzelnen Wähler um 642,04 Mk. gehoben hat, ist sie in der zweiten Abteilung um 48,66 Mk. gefallen. Die Kapitalisten der ersten Abteilung haben also umsonst gekamert, ihr Einkommen nicht je nach nicht zum Verschleiß gemacht. Aber noch interessanter ist, daß 246 Wähler der ersten Abteilung genau so viele Rechte haben als die 20 300 der dritten Abteilung, also nahezu 87 Wähler der dritten Abteilung haben in rechtlicher Hinsicht erst soviel Gewicht wie ein Wähler der ersten Abteilung. Daß aber die Steuerkraft der Wähler der dritten Abteilung um 8,48 Mark zugenommen hat, ist wohl nur dem Umstande zuzuschreiben, daß in der Stadt eine Unmenge besserer bezahlter Staats- und Privatbeamten einholten ist, die infolge der ihnen zustehenden Gehaltsverträge zahlungsfähiger werden. Von den Arbeitern wird wohl ein sehr verschwindend kleiner Teil eine bemerkenswerte Mehrerhöhung zu verzeichnen haben. Die wahren Proleten sind hingegen die Wähler der ersten Abteilung der Stadt gegen die Erstklassigen der Vororte, von denen die 10 Wähler ein Steuerlohn von 266 615,20 Mk. oder pro Kopf 26 661,52 Mk. aufweisen, gegen 8 Wähler des Vorortes, die 226 314,68 Mk. Steuern aufgebracht oder 28 289,33 Mk. pro Kopf, das heißt allerdings 1087,51 Mk. Steuer pro Kopf weniger, aber die 10 Erstklassigen haben immerhin im Durchschnitt 26 661,52 Mk. Steuern mehr zu zahlen als die der Stadt, fügen also bedeutend mehr in der Waise, als die der Altstadt. Genau so verhält es sich mit den Wählern der dritten Abteilung in den Vororten, wo dies Jahr 244 Wähler mit einem Steuerlohn von 245 849,87 Mk. oder pro Kopf 1007,58 Mk. den 221 Wählern des Vorortes gegenüberstellen, die ein Steuerlohn von 218 821,43 Mk. oder pro Kopf 967,51 Mk. repräsentieren, das heißt jedes Jahr zwar nur 40,07 Mk. mehr, aber den Wählern der zweiten Abteilung der Altstadt gegenüber haben sie doch pro Kopf 369,19 Mk. mehr Steuern zu zahlen. In den Vororten ist also bedeutend mehr Mannen vorhanden als in der Altstadt, während die Wähler der dritten Abteilung ganz bedeutend ungünstiger dastehen als die in der Altstadt. Denn von den 8973 Wählern wird ein Steuerlohn von 154 426,80 Mk. aufgebracht oder pro Kopf 38,87 Mk., während im Vorjahre 3779 Wähler ein Steuerlohn von 144 247,39 Mk. aufbrachten hatten oder 38,17 Mk. pro Kopf. Die Wähler der dritten Abteilung haben also

noch um ganze 60 Pf. mehr zu zahlen als das voriges Jahr, aber um 1525 Pf. schlechter als die der Altstadt. Da in den Vororten die erste Abteilung sich hauptsächlich aus einem Arbeitermilieu zusammensetzt, die Erstklassigen aber zwischen den Arbeitern der Altstadt und der Vororte die gleiche ist, so kann man sehen, wie viele sog. Differenzierthe noch der dritten Abteilung angehören und dadurch das Bild verziehen. Interessant ist auch noch, daß in den Vororten auf einen Erstklassigen 397,3 Wähler der zweiten Abteilung kommen. Aus dieser kurzen Zusammenfassung ist ersichtlich, wie herrlich ausgebeutet unter ungenügenden Dreifachsystem ist, an denen natürlich die Erstklassigen mit allen Jökeln ihres Geldes festhalten. Sie wissen auch warum.

Der falsche Patentanwalt.

Durch ein recht in die Augen springendes, geschmacklos arrangiertes Inserat machte ein Herr „Patentanwalt“ Gustav Fischer aus Charlottenburg am 1. September in einem hiesigen Tageblatt bekannt, daß er am 2. d. Mts., nachmittags zwischen 2 bis 3 Uhr, im hiesigen Central-Hotel Sprechstunden abhalten würde und neben gewöhnlicher Erledigung der Aufträge auch Unentgeltlich die Beratung von Patentangelegenheiten vertritt.

Das Verhängnis wollte es nun, daß dieses Inserat in die Hände eines Kollegen, jedoch eines wirklich in der Sache Patentanwalts fiel, der hierüber in seiner Anwaltskammer, Delitzschstraße 2, jeden Dienstag, zwischen 4 bis 6 Uhr, zu konsultieren ist und dem Eigentümer des Inserates sofort auf die Durch eine Anfrage bei dem zuständigen Exzesenten des Kaiserlichen Patentamtes in Berlin wurde dann auch festgestellt, daß ein Patentanwalt Gustav Fischer überhaupt nicht existiert und man es daher mit einem Schwindler zu tun habe.

Die Polizei wurde verständigt und der Herr „Patentanwalt“ besam als ersten Klienten einen Beamten dieser Behörde, der es für selbstverständlich ansah, einen Auftrag gewissenhaft auszuführen, aber mit Zeiloversprechen sich nicht begnugte und den Herrn „Patentanwalt“ mit gemindertem Gehalts für solche Fälle gegen möglichen Bestimmung aufsuchte, sich zu legitimieren. Vor dem Herrn Oberprokuristen wurde er schließlich zugegeben, kein Patentanwalt zu sein und ist dann sofort, ohne einen weiteren Besuch abzuwarten, abgereist.

Das Wiederkommen dürfte ihm verleidet sein. Von der hiesigen Polizei ist die Angelegenheit dem Gericht zur weiteren Erledigung übergeben worden.

Aus diesem Vorfallnis ist ersichtlich, daß das Publikum gegenüher Inseraten gegenüber sehr vorsichtig sein muß, weil es nicht an reinem Eigentum geschädigt sein.

Der moderne Kunstabend.

Nach morgen, Dienstag, abend pünktlich um 7 1/2 Uhr im großen Saale des Volksparkes seinen Anfang nehmen. Die Vorstellungen werden um 7 1/2 Uhr früher werden beim Betreten des Saales die Eintrittskarten abgenommen. Beim zeitigstem Betreten des Saales muß von den Ordnern an der Tür eine Kontrollkarte verlangt werden, da ohne Karte niemand in den Saal eingelassen wird. Pro gram m m e werden den an Saalangehörigen sehr empfohlen. Es ist klar, daß die einzelnen Vorstellungen, die dematorischen instrumentalen Vorträge nur dann ihre Wirkung erzielen können, wenn im Saale absolute Ruhe herrscht. Vor allem muß das Sprechen während der Vorträge vermieden, mindestens aber möglichst geräuschlos vorgenommen werden. Auch das Gedulpen beim Eintreten ist eine durchaus unliebsame, im Programm nicht vorgesehene Begleitung des Gesanges oder der Deklamationen. Gehenommen erhebt Strickbandgeklapper und dergleichen den Stimmungsgehalt der zum Vortrag gelangenden Dichtungen und Gesängen. Wünschenswert und ratsam ist, daß sich jeder vor Beginn der einzelnen Teile des Programms mit den nötigen Getränken versorgt. Um dies zu ermöglichen, ist die Pause zwischen dem ersten und zweiten Teil, auf 30 Minuten festgesetzt worden. Selbstverständlich ist auch, daß Pa u s e n vor und während der Veranstaltung nicht gestattet. An die berechneten Damen muß immer wieder die Bitte gerichtet werden, die Hüte abzunehmen, da durch diese der freie Blick auf die Bühne beeinträchtigt wird. Um übrigens in den Anmerkungen der durch behandelte Abschieden kenntlichen Ordnung Folge zu leisten, werden alle die angeführten Vorbereitungen ein gehalten, so kann für jeden Besucher ein voller, ungetrübter Kunstgenuss garantiert werden.

Die D r e n e werden ersucht, sich pünktlich um 7 Uhr im Garderobenzimmer neben der Bühne einzufinden. Sie können den nächsten Ausgang am Kontor des Geschäftsführers vorbei benutzen.

Es sei noch darauf hingewiesen, daß Karten nur noch bis morgen, Dienstag, mittag in den bekannten Bureau zu haben sind.

* **Hilfslos, Wasser!** Die Differenzen mit dem Bau-Unternehmer Otto Steger in Borsdorf sind beigelegt, deshalb wird die verpante See wieder aufgegeben.

Die Kofalberwaltung.

* **Hilfslos, Arbeiter allerorts!** Die Direktion der Schallplattenfabrik „Hörwitz“ Hannover-Linden beschließt qualifizierte Arbeiter nicht. Die Arbeiter müssen durch Metzger ersetzen, das sie keiner Organisation angehören. Wird der Direktor besannt, daß dennoch ein Arbeiter expandiert ist, so fragt er ohne weiteres auf Wähler. Die politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter werden erst beim Eintreten von Gramophonplatten die Marke „Hörwitz“ besonders beachten zu wollen.

* **Die nächste Sitzung der Gewerkschaftsleiter sind nicht am 9., sondern erst am Mittwoch, den 10. September, im Weiden Hof statt.**

* **Die Gewerkschaftsleiter der Gewerkschaft „Gottfried“ v. M. H. O. hielt am 19. August im Weiden Hof eine Generalversammlung für das dritte Geschäftsjahr ab. Im Jahre vertrieben die Gewerkschaft 13 681,58 Mk. Der Reingewinn, welcher der Verluste von 87,25 Mk. verringert wurde, betrug 219,88 Pf., gegen 74,90 Pf. im Vorjahre. Derselbe wurde laut Beschluß der Generalversammlung dem Betriebsfonds überwiesen.**

Genosse Friedrich erläuterte Bericht über seine Tätigkeit von vier Monaten und verlas die Bilanz. Derzeitige Gewinn muß werden, die der Beschäftigung trotz der benachteiligten Konjunktur ein zufriedenstellender war, wenn auch in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs ein ganz bedeutend größerer Umsatz zu erzielen wäre.

Auch bei durch Umsiedlung des Genossen Schmalder die Verwaltung das Geschäft durch Übernahme von Konfession, aber in Arten Verhältnisse, die Konzeptionsfrage, Arbeitsstunden usw. an den Arbeiter übertragen, doch läßt sich der Arbeitgeber gegenüber halber hierüber noch keine überflüssige Bilanz aufstellen. Es ist aber zu hoffen, daß auch in dieser Beziehung das Unternehmen genügend unterstützt wird, indem nur Sachen zum Verkauf gelangen, die unter mit der Gewerkschaft gezeigten Lohn- und Arbeitsbedingungen hergestellt sind, wobei auch in dieser Hinsicht die Unterstützung der organisierten Arbeiter durch den Saal von Unwegen manches den Kollegen der Konfessionsbrände zu gute kommen wird.

Im weiteren erläuterte Genosse Kunz Bericht über die Tätigkeit des Aufsichtsrates. Dann wurde zur Wahl des Vorstandes sowie einer Aufsichtsratsmitglieder geschritten. Gewählt wurden die Genossen Friedrich und Bartel, ersterer neu, letzterer wieder.

...wird nicht getilgt. Man solle finden solche Heber...

...wird nicht getilgt. Man solle finden solche Heber...

...wird nicht getilgt. Man solle finden solche Heber...

...wird nicht getilgt. Man solle finden solche Heber...

...wird nicht getilgt. Man solle finden solche Heber...

...wird nicht getilgt. Man solle finden solche Heber...

...wird nicht getilgt. Man solle finden solche Heber...

...wird nicht getilgt. Man solle finden solche Heber...

...wird nicht getilgt. Man solle finden solche Heber...

...wird nicht getilgt. Man solle finden solche Heber...

...wird nicht getilgt. Man solle finden solche Heber...

...wird nicht getilgt. Man solle finden solche Heber...

...wird nicht getilgt. Man solle finden solche Heber...

Das Weitehandeln, werden wir in den nächsten Tagen noch ein...

Wormitz, 6. September. Nicht gerade christliche Gedanken...

Wormitz, 7. September. Katze, Kater, Kater, Kater...

Katze a. E. Milffärbereis-Bohrt. Ein Major d. R. a. D. Nicolai hat den Kampf gegen die...

Konferenz der Jugendorganisationen. Am gestrigen Sonntag fand in Berlin eine Konferenz der...

aus den Nachbarkreisen. Beiz, 7. Sept. Zum Milffärbereis. Der Boykott des...

375 Stimmen haben Arbeiter der Rätischen Fabrik am...

Volkspreis, 5. Sept. Und die Parteigenossen! Der Sozialdemokratische...

Reis, 5. September. (E. B.) Wenn jemand eine Reise tut, so kann er...

Reis, 5. September. (E. B.) Wenn jemand eine Reise tut, so kann er...

Reis, 5. September. (E. B.) Wenn jemand eine Reise tut, so kann er...

Reis, 5. September. (E. B.) Wenn jemand eine Reise tut, so kann er...

Reis, 5. September. (E. B.) Wenn jemand eine Reise tut, so kann er...

Reis, 5. September. (E. B.) Wenn jemand eine Reise tut, so kann er...

...wird nicht getilgt. Man solle finden solche Heber...

...wird nicht getilgt. Man solle finden solche Heber...

...wird nicht getilgt. Man solle finden solche Heber...

...wird nicht getilgt. Man solle finden solche Heber...

...wird nicht getilgt. Man solle finden solche Heber...

...wird nicht getilgt. Man solle finden solche Heber...

...wird nicht getilgt. Man solle finden solche Heber...

...wird nicht getilgt. Man solle finden solche Heber...

...wird nicht getilgt. Man solle finden solche Heber...

...wird nicht getilgt. Man solle finden solche Heber...

...wird nicht getilgt. Man solle finden solche Heber...

...wird nicht getilgt. Man solle finden solche Heber...

...wird nicht getilgt. Man solle finden solche Heber...

...wird nicht getilgt. Man solle finden solche Heber...

...wird nicht getilgt. Man solle finden solche Heber...

...wird nicht getilgt. Man solle finden solche Heber...

...wird nicht getilgt. Man solle finden solche Heber...

...wird nicht getilgt. Man solle finden solche Heber...

...wird nicht getilgt. Man solle finden solche Heber...

...wird nicht getilgt. Man solle finden solche Heber...

Arbeiterkammern.

Aktion, Einflüsse! Das Ständegeschäft Bernhard Schöffer, Düsseldorf, erklärt, es wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages für Stukkateure und Pließerer geplatzt. ...

Massenführung in der Glasindustrie. Die Unternehmergruppe der Glasfließ- und Polierwerke Böhmens und Bayerns hat beschlossen, in der Zeit vom 28. September bis 26. Oktober sämtliche Betriebe zu schließen. ...

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ Zur Ordnung gerufen! Der Amtsrichter Kuntz von Deutsch-Rissa verbot die Abhaltung einer Versammlung unter freiem Himmel mit der Begründung, daß es sich nur um ein kleines, von der Gutsbesitzerfamilie gepachtetes Grundstück handle. ...

Volkswirtschaftliches.

Erntefolgen. Die meisten Schätzungen des vorläufigen Ernterückblickes sind selten mehr als Zahlenpießchen, denen im günstigen Falle nur ein gewisser Vergleichswert beigegeben werden kann. ...

Table with 3 columns: Erntejahr, Ernte (in Millionen D.-Rentnern), and Vergleichswert. Rows for Weizen, Roggen, and other crops.

Nach dieser Schätzung hätten wir im Erntejahre 1908/09 eine Erweitderung des Ernteausschlages gegenüber dem Vorjahr zu erwarten. ...

Briefkasten der Redaktion. A. M. in M. Der Schrank durfte nicht gepändelt und muß deshalb wieder herausgegeben werden. ...

Aus dem Reiche.

Kattowitz, Bergarbeiterstreik. Auf der Ferdinandsgrube wurden mehrere Verletzte von Gesteinsmassen verdrückt. ...

Vermischtes.

*** Opfer der Arbeit.** In einem in Bau begriffenen Tunnel der Bahnhöfe von Rom-Neapel explodierte gestern vorzeitig eine Mine. ...

Telephonischer Spezialdienst des Volksblattes.

Berlin, 7. September. Zum ersten Male unter dem neuen Vereinsgesetz wurde gestern eine Versammlung politisch aufgelöst. ...

Wagabunde. Eine massenhafte Friedensdemonstration veranstaltete gestern die Wagabunde Arbeiterchaft im Zentralspark. ...

Wienchen. Die Konferenz der hier tagenden deutschen Arbeitervereine beschloß die Errichtung von Arbeitsnachweihen, die unter Leitung der Arbeitgeber stehen. ...

Winnigberg. Das Kriegsgericht beurteilte den Leutnant Thorne mit dem Säbel zu drei Tagen Stubenarrest. ...

Konstantinopel. 7. September. Das Wahlprogramm der Jungtürken verlangt die Durchführung der Verfassung unter Wahrung der nationalen Souveränität. ...

Letzte Nachrichten.

Berlin, 7. September. Der Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine für Berlin und Umgegend setzte gestern die vor 14 Tagen begonnene Debatte über die Frage der Budgetbewilligung fort. ...

Wreslau. 7. September. Im russisch-polnischen Industriebezirk finden fortgesetzt Verhandlungen von Arbeitern statt. ...

Versammlungs-Anzeiger.

- Halle: Alle in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Handwerker, Dienstag, 8. September.
Freidenkerverein, Mittwoch, 9. September.
Reiz: Sozialdemokratischer Verein, Dienstag, 8. September.

Tüchtige Messerschneider auf Massarbeit werden sofort gesucht. S. Weiss.
Schulen ohne Gott.
Ernst Häckel
Wolfsausgabe, Preis 1 M.
Wolfs-Verlagshandlung.

Bockwitz.
Zur jetzigen Einlegezeit empfehle:
Steintöpfe und Büchsen,
ferner: Milchschalen, Mühlsteine, Asbestwannen, Krüge, Vöden,
Zeller, Schüsseln, Edmordöpfe, Butterdosen, Marmeladentöpfe,
Anterfeger, Fischen in allen Größen mit und ohne Patent.
Für Biennerväter: Rauchtöpfe.
Otto Gröbe, Lüpfereibesitzer, Godwin.
Restaurant Hugo Haase, Mansfelderstrasse 11.
Schlachte-Fest.

Der Neue Welt-Kalender für 1909.
33. Jahrgang.
Preis 40 Pfg.
Zu beziehen durch alle Austräger und
Die Volksbuchhandlung,
Halle a. S., Harz 42/43.